

Protokoll

Bundesversammlung Aktionsbündnis Sozialproteste im DGB-Haus in Göttingen am 10. Dezember 2005

Beginn: 11:30 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Teilnehmer ca. 40 Personen

a. Vorstellungsrunde

b. Der vorgeschlagenen [Tagesordnung vom 6. Dezember 2005](#) wurde zugestimmt.

Tagesordnung:

1. Lageeinschätzung des Aktionsbündnis Sozialproteste, Berichte aus den Städten
2. Finanzen des ABSP und Finanzierungsmöglichkeiten unserer politischen Arbeit
3. Gegen den Sozialkahltschlag im Frühjahr 2006 (Bündniskonzept der Großdemo, Vernetzung mit anderen Organisationen der Sozialproteste)
4. Gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie "Bolkestein" am 14. Januar
5. Struktur des ABSP, Entwicklungen der letzten Wochen
6. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag und mögliche Schlussfolgerungen
7. Verschiedenes

Punkt 6 ist aus Zeitgründen entfallen.

Zu TOP 1: Lageeinschätzung des Aktionsbündnisses Sozialproteste, Berichte aus den Städten:

Einschätzungen des ABSP und der Lage in Jüterbog

Michael Maurer, Jüterbog:

Es ist nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung vom Sinn der Sozialproteste zu überzeugen. Es hat nichts genützt, die Teilnehmerzahlen gingen zurück. Von zuerst 400 Montagsdemonstranten blieben 30 übrig wovon wiederum nur 15 aktiv blieben. Zurück blieb ein kleines kämpferisches Häuflein. Persönliche Ansichten müssen zurück gestellt werden, um als Bündnis zu bestehen. Weites Ziel bleibt die Bildung von lokalen Vernetzungen. Die Eigenständigkeit des Aktionsbündnisses Sozialproteste darf nicht verloren gehen. Wir brauchen eine starke Vermittlerrolle zwischen Großorganisationen und radikalen Linken. Das Ergebnis muss ein tragfähiger Kompromiss zwischen beiden "Parteien" sein. Für weitere Montagsdemonstrationen werden junge aktive Leute und Autonome benötigt.

Wolfram Altekrüger, Wittenberg: Am 9./10. März 2006 veranstaltet der DGB Sachsen-Anhalt eine Armutskonferenz in Verbindung mit der Linkspartei in Sachsen-Anhalt.

Das Clement-Papier von August 2005 wurde noch einmal zitiert. (Immer wieder ging es inhaltlich um Ausländer und Arbeitslose. Der Leitfaden für ALGII-Bezieher wird in dem Bericht als "Hilfe zum Missbrauch" angegeben. Die Urteile, die von den Sozialgerichten gefällt werden, bestimmen, was in Zukunft auf uns zukommt.

Helmut Woda, Karlsruhe: In Karlsruhe gibt es zur Zeit ein Arbeitsgerichtsverfahren zu einer Arbeitsgelegenheit. Die nächste Verhandlung findet im Januar 2006 statt. Ein Rechtsschutz besteht von Seiten des DGB. Inhaltlich geht es um Grundsatzfragen. Die Zusätzlichkeit ist bei den 1 €-Jobs nur ein juristischer Begriff. Die Schmarotzer-Debatte ist schon 10 - 20 Jahre alt.

Martin Behrsing, Bonn: Die Behörden treiben bewusst die Menschen aus dem ALGII-Bezug. Sachbearbeiter von Behörden sollen demnächst mit Namen benannt werden, wenn die Antragsteller bei Ihnen auf Widerstand stoßen.

Die 1 €-Jobs werden zukünftig nicht mehr abgeschafft. Dieser Markt wird weiter ausgebaut werden. "Hartz IV ist schon da, was von der Allgemeinheit gewollt wird." Dies betrifft die weiteren zu erwartenden

Verschärfungen.

Heinz-Dieter Grube, Hannover: Regelmäßige Sozialsprechstunden sind in Hannover eingerichtet worden. Ebenso gibt es einen 1 €-Jobber Stützpunkt. Hierzu wurde ein Offener Brief an den Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover geschrieben. (Dokument wurde auf der Bundesversammlung verteilt). Weitere Informationen sind unter <http://www.alptraum.org> zu entnehmen. In Braunschweig wurde ein 1 €-Job Stützpunkt wegen dem Widerstand einer Gebäudereinigungsfirma stillgelegt. Es bestand der Verdacht der Verdrängung von regulärer Arbeit.

Braunschweig: Altenbetreuungen und Wäschereien wurden bisher von Privatleuten und Firmen ausgeführt. In Zukunft soll dies nur noch durch Privatleute (1 €-Jobber) ausgestellt werden. Für die Ausführung werden dem Leistungsempfänger jeweils 12,- € die Stunde in Rechnung gestellt. So erhalten manche Träger ca. 500,- € für jeden 1 €-Jobber plus 380,- € aus Rechnungen monatlich durch die Arbeit eines jeden "angestellten" 1 €-Jobbes. Das sind für viele Träger lukrative Zusatzeinnahmen und der Bedarf an diesen billigen Arbeitskräften steigt auf Grund dessen ständig. Hat sich jemand bzgl. der Arbeitsgelegenheit an eine Gewerkschaft gewandt, wurde der/die Betroffene als nicht mehr geeignet für die Ausübung der entsprechenden Tätigkeit erklärt.

Andreas Arnold, Sondershausen: Die Verteilung von Informationsmaterialien zum Thema Hartz IV läuft gut. Die Bildungsarbeit zum Thema Hartz IV und Agenda 2010 wird fortgesetzt. Das soziale Bündnis vor Ort erhält Spenden und Zuwendungen von der Linkspartei und jemand vom DGB in Höhe zwischen 5,- bis 10,- € täglich. Sondershausen ist mit dem Netzwerk Thüringen und bundesweit gut vernetzt.

Harald Flötling, Nordhausen: Bei der Planung und Durchführung der Montagsdemonstration besteht eine gute Verständigung mit der Stadtverwaltung. Den Alten muss gerecht werden. Auch Studenten nehmen an der Montagsdemonstration teil. Dem ArGe-Beirat soll auf die Finger geschaut werden. Der Rechtsstaat soll ausgenutzt werden, wo es die Legalität erlaubt. Die Betroffenen sind froh, dass die lokalen Probleme bei den Versammlungen des Aktionsbündnisses Sozialproteste bekannt gemacht werden, die sich mit ähnlichen beschäftigen. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften muss gesucht werden.

Hinrich Garms, Berlin: "Hartz IV hat noch gar nicht das Endstadium erreicht. Die Sozialgerichte in Berlin brechen aufgrund der vielen Klagen zusammen. Die Kampagne: "Organisiert Widerspruch" läuft in Berlin gut an. Es besteht ein ausreichendes Angebot an Bildungs- und Beratungsarbeit. Die sozialen Bündnisse vor Ort bleiben an dem Berliner Wohnungsproblem (bedarfsgerechte Wohnungen für ALGII-Empfänger und der Erhöhung der anerkannten Betriebskosten) dran.

Jürgen Belitz, Nürnberg: In Nürnberg finden spontane Demonstrationen (Versammlungen) in Nürnberg statt und bestehen aus vielen homogenen Spektren. Der DGB soll mitmachen, da er sich bislang distanziert hat. Siehe Schreiben des Nürnberger Sozialforums an den DGB. Bis zu 10% höhere Mietkosten sollen bei ALG II nicht beanstandet werden. (Angleichung der Mietkosten bei ALG II. Bei der Wohnungsfrage wurde ein gewisser Erfolg erzielt.

Tommi Sander, Aschersleben: 1 €-Jobs werden bei der zuständigen ArGe reklamiert, wenn sie keine Zusätzlichkeit bedeuten. Aschersleben wurde beim gestrigen "Tag der Arbeitslosen" symbolisch zu einer "Hartz IV-freien Zone" erklärt. (Abwandlung von einer atomfreien Zone). Der DGB sucht die Zusammenarbeit mit den Protestlern.

Höxter: Rentner müssen zur Unterhaltung ihrer Wohnungen durch 1 €-Jobber zahlen, als wären es normale Handwerker, der Arbeitgeber macht dadurch Gewinne auf dem Rücken der Rentner und der 1 €-Jobber. In Höxter wird die Montagsdemonstration durch wenige Aktive getragen, findet aber selbstverständlich regelmäßig statt. In Höxter wurde ein Notruftelefon eingerichtet. Dort rufen nicht nur Erwerbslose an sondern auch andere Betroffene. Die soziale Armut im Kreis Höxter ist größer als vermutet.

In manchen Städten wurde von den Kauf- und Warenhäusern ein Bringservice für Weihnachtsgeschenke mit 1 €-Jobbern eingerichtet. Pikanterweise hat an diesem Bringservice vor allem ein Juwelier Interesse angemeldet.

Siegen: In Siegen bedeutet es ein Wahnsinn, dort zu den Ämtern zu gehen. Bei der dortigen ArGe sind die

Zuständigkeiten für bestimmte Probleme noch gar nicht geregelt. So weiß dort niemand, wo man Dienstaufsichtsbeschwerden abgeben kann. Sozialgerichte vollstrecken dort schneller, als den Erwerbslosen in der ArGe geholfen wird, z.B. bei der Antragsbearbeitung.

Ort leider nicht bekannt: In einer Ortschaft wurde ein manisch-depressiver 1 €-Jobber beschäftigt. Der soll dort ein Naherholungsgebiet (Grünanlagen) in Ordnung halten. Spülwasser sollte sich der Betroffene aus einem tiefgefrorenen Teich holen. Dazu sollte er ein Loch mit dem Eispickel stoßen.

Edgar Schu, Göttingen: Die Medien reagieren kaum auf Presseinformationen. Die Protestler sind für die Medien ein schwarzes Loch. Dennoch ist die Montagskundgebung in Göttingen eine wichtige Gegenöffentlichkeit und ein nicht wegzudenkender Anlaufpunkt für direkt und indirekt von Hartz IV Betroffene und Andere.

Selbst 50% Erstattung der Fahrtkosten für Versammlungen des Aktionsbündnisses Sozialproteste sind für ALG II- und Sozialgeldempfänger zu wenig. Dies müssten sie sich vom Munde absparen. Dennoch schaffen wir es, als Vernetzung und als Aktionsbündnis bei anderen Organisationen langsam zu Gesprächspartnern zu werden. Der DGB reagiert kaum auf Aufrufe und Anschreiben im lokalen Rahmen. Daher ist es die Verantwortung des Koordinierungskreis des ABSP, bei überregionalen Treffen an die mittleren Ebenen heran zu kommen, damit eine neue Stimmung entsteht, die sich indirekt auf die Situationen vor Ort auswirkt.

Bremen, verlesene Email: In Bremen gab es einen 1 €-JobberInnen Tag. Es wurden neue Mietobergrenzen festgesetzt. Eine Norddemonstration fand dort mit ca. 3000 Teilnehmern statt.

Gotha : Montagsdemonstrationen sollen unbedingt aufrecht erhalten und sie sollen noch besser vernetzt werden. Eine gewisse Kontinuität soll bleiben. Die 1 €-Jobber werden unter den ALGII-Empfängern ausgespielt, da die ersteren zum Teil weniger Geld hätten und die ALGII-Empfänger für etwas mehr nicht arbeiten zu gehen bräuchten (Neiddebatte). Wir brauchen konkrete Ziele für den Kampf gegen den Sozialabbau. Wir müssen Menschen Ziele geben.

Zu TOP 2: Finanzen des Aktionsbündnisses Sozialproteste - Finanzmittelbeschaffung

Edgar Schu, Göttingen:

Es wird ein Projektantrag bei der Bewegungstiftung in Verden gestellt.

Rainer Wahls: Spenden von Abgeordneten der Linkspartei.PDS über deren Verein.

Für Edgar Schu soll ein Antrag als "Bewegungsarbeiter" bei der Bewegungstiftung gestellt werden, damit dessen Selbstkosten für das Aktionsbündnis Sozialproteste aufgefangen werden.

Vereinsgründung des Aktionsbündnis Sozialproteste? Davon wurde abgesehen.

Verwaltungstechnischer Aufwand. Keine sichere Einnahmequelle für finanzielle Mittel. Peter Grottian machte den Vorschlag, Zuschüsse bei Stiftungen zu beantragen. Damit sollte der Koordinierungskreis des Aktionsbündnisses Sozialproteste beauftragt werden. Die Einnahmeseite muss entschieden verbessert werden. Der monatliche Bedarf des Aktionsbündnisses liegt bei 700,- €/ mtl. Von jeder regionalen Initiative soll ein Beitrag zwischen 5 - und 25,- €/ mtl. erhoben werden. Je nach Zahlungsmöglichkeit. Eine Vereinsstruktur sei wegen der Hierarchie nicht empfehlenswert.

Beschlussfassung: Initiativen, die zahlungskräftig sind, sollen monatlich zwischen 5 und 25,- €/ mtl. spenden. Spendengelder und sonstige finanzielle Mittel sollen bei den möglichen Stiftungen und Vereinen der Abgeordneten der Linkspartei.PDS durch den Koordinierungskreis des Aktionsbündnisses Sozialproteste beantragt / angefragt werden.

Zu TOP 3: Gegen den Sozialkahlschlag im Frühjahr 2006

Gemeinsame Beschlüsse der Aktionskonferenz 19./20. November 2005 in Frankfurt / Main.
Edgar Schu gab einen kurzen Input.

Siehe: http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/Fazit_KonferenzNov2005_ArbeitSoziales.PDF

Rainer Wahls stellte noch einmal die Geschichte des Frankfurter Appells von Januar 2004 vor. Die Wahlkämpfe (Landtagswahlen in Baden Württemberg und in Rheinland Pfalz) sollen für den sozialen Widerstand funktionalisiert werden. Er stellte einen neuen "technischen Aufruf" für das [Arbeitstreffen am 16. Dezember 2005 in Frankfurt / Main](#) zur Disposition (siehe Anlage „Solidarität und Widerstand“).

Zu TOP 4: Gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie am 14. Januar 2006 in Straßburg

Helmut Woda, Karlsruhe stellte noch einmal die EU-Dienstleistungsrichtlinie vor:

<http://www.attac.de/bolkestein/hintergrund/bilder/Bolkestein-Richtlinie.pdf>

Sie sieht insbesondere das Herkunftslandprinzip vor, nach dem Dienstleistungen in einem beliebigen EU-Mitgliedsland ausschließlich nach den Regeln des Landes, in dem der Dienstleister ansässig ist, erbracht werden können. Die Richtlinie soll alle administrativen Hemmnisse für diese Vorgehensweise beseitigen, auch Tarifverträge können solche Hemmnisse sein.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie betrifft 50% des Bruttosozialproduktes und 60% der Beschäftigten in der Europäischen Gemeinschaft.

Von www.stopbolkestein.org wird eine Petition gegen die Richtlinie organisiert, die elektronisch unterschrieben werden kann.

Das Präsidium des Europäischen Parlamentes versucht, eine Entscheidung über den Beratungstermin im Europäischen Parlament so spät wie möglich bekannt zu machen. Statt des 14. Januar könnte die Demo in Strassburg gegen die Annahme der Richtlinie auch am 11. Februar stattfinden.

Der vorgelegte Entwurf eines Aufrufs gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie und zur Demo nach Strassburg wird gebilligt. Es gibt Kürzungsvorschläge. Der Kokreis soll eine Endredaktion vornehmen.

Prof. Peter Grottian:

Der Widerstand im Ministerrat und im Arbeitsmarktausschuss des Europäischen Parlamentes. Nach seiner Einschätzung werden nur ca. 15 - 20.000 Demonstrationsteilnehmer in Straßburg erwartet. Zwei Großdemonstrationen (Straßburg und geplante bundesweite im Frühjahr 2006) sind nicht zu händeln. der Europäische Gewerkschaftsbund ruft bereits zur Demonstration gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie auf. Die Führungsgarde des DGB's wartet erst mal ab, was vom Koalitionsvertrag von CDU und SPD umgesetzt wird, um dementsprechend zu reagieren. Beim Arbeitstreffen sollten keine "Schnellschüsse" gemacht und keine konkreten Entscheidungen getroffen werden. Es könnte nämlich möglich sein, dass beim Arbeitstreffen am 16. Dezember 2005 eine "Kommission" zur Formulierung eines neuen Aufrufs beauftragt wird. Dies soll erst bei einem gesonderten Treffen Ende Januar 2006 zur Einschätzung der Demonstration in Straßburg geschehen. Zum 18. oder 25. März 2006 kann auch eine Großdemonstration ausgetragen werden, wenn rechtzeitig die Renter, Kirchen und Sozialverbände mit ins Boot geholt worden sind.

Leonore Natale, Bielefeld empfahl, nicht erst abzuwarten, sondern sofort für die Demonstration in Straßburg zu mobilisieren. Viele wollen eine Großdemonstration!

Geplante Großdemonstration in Deutschland, Frühjahr 2006:

Rainer Wahls, Berlin:

Ein Vorschlag für eine bundesweite Großdemonstration wurde ins Spiel gebracht - der 1. April 2006. Die "Bolkestein-Demo" ist ganz wichtig. Sie bedeutet auch eine Vordemonstration zur Vorbereitung auf die Großdemonstration in Deutschland im Frühjahr 2006.

Rainer Wahls hat einen Mix aus drei Vorschlägen zu einem Aufruf zu der Großdemonstration im Frühjahr 2006 erstellt. Dieser wird durch den Kokreis noch einmal überarbeitet werden. Es geht um die Frage, ob ein eigener Aufruf vom Aktionsbündnis Sozialproteste für die Aktionen im Frühjahr 2006 erstellt wird oder ob beim [Arbeitstreffen am 16. Dezember 2005 in Frankfurt / Main](#) ein gänzlich neuer Aufruf formuliert wird.

Folgender Beschluss wurde gefasst: Es wird noch einmal ein neuer Aufruf vom Aktionsbündnis Sozialproteste formuliert und zur Abstimmung vermailt.

Hinrich Garms, Berlin: macht den Vorschlag, den [Frankfurter Appell vom Januar 2004](#) um den Punkt eines Grundeinkommens zu ergänzen.

Zu TOP 5: Struktur des ABSP / Entwicklungen der letzten Wochen:

Ottokar Luhn, Gotha, stellte einen Newsletter / Zeitung des Aktionsbündnisses Sozialproteste vor. Es sollen mit der Zeitung auch die Betroffenen erreicht werden, die keinen Internetanschluss haben. Eine Papierform ist als Alternative wichtig. Aufruf zur Mitarbeit: Redakteure sollen sich bei ihm melden: <mailto:info-gotha@offenesbuendnis.de>

Hinrich Garms, Berlin, stellte noch einmal die [BAG-SHI \(Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen\)](#) vor. Die BAG-SHI hat zwei Jahrestreffen für die Mitglieder und sonstige Interessierte und bietet jährlich ca. 10 Arbeitstreffen zu gewissen Themen (Agenda 2010, Hartz IV, Selbstorganisation und Umgang mit den Behörden etc.) an. Die BAG-SHI hat ca. 250 Mitglieder, die zur Hälfte aus Einzelpersonen und Initiativen besteht. Das Beratungstelefon der BAG-SHI wird stark frequentiert.

Martin Behrsing, Bonn, stellte das <http://www.erwerbslosenforum.de> vor. Es ist eine Online-Plattform für Erwerbslose, die sich über rechtliche Dinge rund um die Arbeitsagentur, SGB II, Rechtsmitteleinlegung, 1 €-Jobs informieren möchten. Das Erwerbslosenforum ist kein Verein sondern nur eine Initiative. Sie avisieren eine Vereinsgründung im Sinne der Gemeinnützigkeit hat aber ihnen fehlen die finanziellen Mittel, um die Gründung durch zu bekommen. In der Vergangenheit hat es eine Spaltung des Arbeitslosenhilfeforums bzgl. der inhaltlichen Ausrichtung der Initiative gegeben. Es existieren zwei Erwerbslosenforen in Deutschland. Ein Forum hat bereits einen Verein gegründet. Das <http://www.erwerbslosenforum.de> konzentriert sich auf den Aufbau der Medienarbeit und um das soziale Marketing. Die Presse reagiert nicht auf Veröffentlichungen bzgl. Hartz IV-Betroffene, sondern nur auf Trends. Es wird eine Neiddebatte in Bezug auf Wolfgang Clement angefacht. Das Online-Forum hat nicht die Möglichkeit, sich an vielen Aktionen zu beteiligen und selbst welche anzuregen. Der Vernetzungsgedanke des Erwerbslosenforums ist wichtig. Regionale und bundesweite Termine können selbst online im Forum eingetragen werden. Es geht u.a. bei dem Forum um die Einflussgewinnung und um die Lobbyarbeit.

Der nächste Termin für die Bundesversammlung des Aktionsbündnisses Sozialproteste wurde für Februar 2006 entweder in Erfurt oder in Gotha anvisiert. Dazu geht rechtzeitig eine gesonderte Einladung raus.

Protokollant: Detlef Spandau
für das Aktionsbündnis Sozialproteste
Email: <mailto:detlef.spandau@gmx.net>
(Koordination für die Region Ostwestfalen-Lippe)